

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 9

Artikel: Lateinamerikanische Entwicklungen
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

einem Jahr unter dem Beschuss einer gezielten «Entlarvungskampagne» steht. Nachdem eine Zeitungsreportage am 3. Mai 1973 die Existenz dieser Organisation als Neutralitätsverletzung «enthüllt» hatte, haben die Massenmedien nicht aufgehört, dem fürchterlichen Skandal nachzugehen, dass man sich erfrecht, gegen Spionage etwas vorkehren zu wollen. Und natürlich legte man dem IB nicht nur sein Bestehen selbst zur Last, das man als «Verbrechen gegen die Demokratie» bezeichnete, sondern auch noch eine Unzahl anderer Verbrechen. Unter anderem soll das IB gleich noch eine ausgewachsene Invasion gegen Finnland geplant haben, und solche Meldungen gehören dann im Sinne der Meinungsmacher beileibe nicht etwa zu den Gruselmärchen, sondern zu den gesellschaftlichen Bewusstseinsstimulanzien.

Und um der «Sache auf den Grund zu gehen», wurde anschliessend natürlich sämtliches Geheimmaterial der Organisation in der Presse veröffentlicht, denn die Öffentlichkeit hatte doch wohl ein Anrecht auf Information. Dabei fehlte es — wie hätte es auch anders sein können — auch nicht an Inside-Informationen. Und als die Staatsanwaltschaft mit Requisitionen und Festnahmen von Informanten reagierte, ging der Sturm natürlich erst recht los: Nunmehr verteidigte man die Pressefreiheit gegen die monströse IB-Diktatur, und dieses grosse Anliegen mobilisierte auch den ausländischen Protest bekannter Schriftsteller und fortschrittlicher Persönlichkeiten oder Organisationen.

Alles in allem ist eine probate Methode durchgezogen worden. Man beschuldigt einen westlichen Geheimdienst erst einmal beliebiger Verbrechen und sorgt dann zwecks Abklärung der Tatbestände durch fröhliche Veröffentlichung aller Geheimmaterialien, der man nur habhaft werden kann, für die «Transparenz» der betreffenden Unternehmung. Womit der Spionageabwehrdienst glücklich verunmöglicht wird. Aber aus diesem Nebeneffekt etwa gar eine gezielte Lenkung vermuten zu wollen, ja das wäre nun freilich wieder typisch die Greuelpropaganda der kalten Krieger, die mit ihren Gruselmärchen das spontane Entstehen für Demokratie und Pressefreiheit verlästern.

Die Spionage für die gute (d. h. kommunistische) Sache hat im Westen aufgehört, bloss ein Gentlemanverbrechen zu sein. Laut einer weiterhin veröffentlichten Meinung liegt ein Verbrechen vielmehr erst dann vor, wenn sich die Träger der staatlichen Gewalt gegen sie zu wehren suchen. Dann wird Skandal geschrien.

Die Regierungen westlicher Staaten stehen ohnehin schon unter ausserpolitischem Druck, wenn sie Agenten aus dem Sowjetlager hart anfassen, denn Moskau spricht dann sofort drohend von Sabotage an Frieden und Entspannung. Und wenn dazu noch der wohl vorbereitete innenpolitische Druck spielt oder aus jedem Anlass zu spielen droht, dann ist für die Behörden die Versuchung eben gross, dem Aerger aus dem Weg zu gehen. Sowjetagenten im Ausland haben es gut.

Oder vielmehr im westlichen Ausland. Denn in China fasst man sie hart und demütigend und öffentlich an. Und geht gleichzeitig politisch in Offensive gegen die Macht, die sie geschickt hat. Aber die Toleranz gegen seine Feinde gehört nun einmal zu den Merkmalen des kapitalistischen Systems.

Christian Brügger

Alphonse Max (Montevideo)

Lateinamerikanische Entwicklungen

Laut Erklärung des Franzosen Albert Corcos, Vorsitzender des CIME (Internationales Komitee für Ein- und Auswanderung nach und aus Europa), haben sich etwa 5000 Personen, Staatsbürger von 55 Nationen, nach dem Militärputsch in Chile in 50 verschiedenen Ländern angesiedelt.

Corcos, der seit September in Zusammenarbeit mit den chilenischen Behörden die Auswanderung der Flüchtlinge organisierte, hat Ende März das Land verlassen, da er seine Mission als beendet betrachtete. Der Argentinier Roberto Kozak hat die Vertretung des CIME in Chile übernommen und wird die Umsiedlung von 400 Personen vorbereiten, von denen 280 nach dem Zweiten Weltkrieg in Chile einwanderten und die das Land gern verlassen würden, was noch keine Verfolgungen impliziert.

Präsidentiales Mehrzweckprojekt in Bolivien

General Hugo Banzer ist der erste Präsident Boliviens, der ernsthaft versucht, die Forderungen seines Landes nach einem Zugang zum Meer innenpolitisch auszunutzen und eine interne Festigung zu erzielen. Falls er erfolgreich sein sollte, würde er sowohl einen ausserpolitischen als auch einen innenpolitischen Sieg errungen haben, abgesehen von Vorteilen für sein Land.

Die «Grosse Nationale Einheit», unter welchem Namen diese Aktion läuft, soll von einer neuen Regierung getragen werden, die politische Divergenzen beiseite lässt und sich einzig und allein mit dem Ziel befasst, einen Zugang zum Pazifischen Ozean zu erlangen, den das Land vor fast einem Jahrhundert verloren hat.

Banzer, der sich in diesem Vorhaben stark engagiert hat, gab in diesem Zusammenhang bekannt, er sei sogar bereit, von seinem Amt als Staatschef zurückzutreten, wenn dies dazu beitrage, die Einheit und Solidarität der verschiedenen Parteien und politischen Gruppen im Lande zu stärken. Dem Aufruf des Staatschefs folgten über hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Zivilisten und Militärs, die mehrere Sitzungen abhielten, um das Problem zu beraten. Nach Abschluss der Beratungen wurde ein fünf Punkte umfassendes Dokument herausgegeben, das als richtungweisend für die politische Zukunft des Landes bezeichnet wird. Diese Erklärung lässt dem Präsidenten freie Hand, die Regierung neu zu organisieren und die Uebergabe eines Zugangs zum Meer für Bolivien auszuhandeln.

Ehemalige Präsidenten, Minister, Parlamentarier, Politiker, Geschäftsleute und Militärs haben versprochen, auf politischem Gebiet eine Waffenruhe einzulegen, um interne Stabilität zu schaffen. Die neue Regierung Nationaler Einheit soll «die gegenwärtige Struktur des zivil-militärischen Regimes ändern, ohne jedoch die nationalistiche Grundlage zu beeinflussen, mit der die Regierung im Jahr 1971 an die Macht kam».

Ausgeschlossen sind freilich die Führer der Linken, von denen sich allerdings etliche ohnehin im Ausland befinden.

Atomisierung in Argentinien

Unter den jungperonistischen Gruppen Argentiniens zeichnet sich eine schwere Krise ab. Die Peronistische Arbeiterjugend (JTP), die Peronistische Studentenjugend (JUP), die «Montoneros» und verschiedene andere Gruppen von geringerer Bedeutung sind gespalten, und die unaufhörlichen Diskussionen drohen jede dieser Gruppen in mehrere Tendenzen zerfallen zu lassen.

Verschiedene Vorfälle und Äusserungen während der letzten Zeit weisen auf bedeutende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sogenannten «revolutionären Tendenz» hin. Durch die von Präsident Perón selbst eingenommene Haltung der «Vertikalität» sieht sich die linksperonistische Jugend gezwungen, Farbe zu bekennen. Gerade das wollen viele von ihnen jedoch nicht; sie wollen weiterhin gleichzeitig Rebellen, Marxisten und Peronisten sein, eine unmögliche Haltung, die Perón jedoch während seiner Jahre im Exil ständig angefeuert und unterstützt hatte.

Sofort nach Peróns Rückkehr nach Argentinien im Juni 1973 zeichneten sich schon drei verschiedene Richtungen ab: Die Guerilleros, die darauf bestanden, den revolutionären Kleinkrieg unter allen Umständen weiterzuführen; diejenigen Rebellengruppen, die sich gewillt erklärten, ihre Untergrundtätigkeit aufzugeben und sich in die Reihen der Peronisten einzuordnen, und die rein politischen Peronisten, die immer den Terrorismus verdammt und nur gelegentlich mit dem Marxismus geliebäugelt hatten. Zwischen diesen in groben Abrissen gebildeten Gruppen gab es jedoch viele Zwischenschattierungen, und nach dem Extremistenüberfall auf die Kasernen in Azul Anfang dieses Jahres, als Perón erklärte, «Die Zeit ist vorbei, wo gerufen wurde ‚Es lebe Perón‘; von nun an heisst es, ihn zu verteidigen», da begannen sich viele Risse zu zeigen.

Ein Teil der Anhänger der Linken begriff, dass sie der Regierung keine Hindernisse mehr in den Weg legen dürfe. Der Versuch, Peronismus und Marxismus auf eine Stufe zu stellen, war gescheitert. So entstanden Diskussionen zwischen den Anhängern einer vertikalen und programm-treuen Linie und denjenigen, die ein «sozialistisches Vaterland» erträumten (oder erkämpfen wollten). Die kritische Haltung der sogenannten «Tendenz» gegenüber der Regierung ging so weit, dass sie sich immer mehr der extremen Linken näherte. Während die meisten politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Kreise die Regierung unterstützten, bildeten die Jungperonisten einen ständigen Unruheherd. Von diesem aus können jeden Augenblick Flammen in die politische Landschaft schlagen. ■